



**Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann
bei der Verkehrskonferenz in Mittelfranken:
"Leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur
aller Verkehrsträger ist Grundvoraussetzung für Mobilität –
Dauerhafte, auskömmliche Finanzierung unerlässlich"**

+++ Im Rahmen einer Verkehrskonferenz informierte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann die Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie kommunalen Mandatsträger und Vertreter von Institutionen, Behörden, Verbänden und Kammern über die Verkehrsprojekte 2014 in Mittelfranken. "Eine leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger ist Grundvoraussetzung für Mobilität. Nur wenn alle Verkehrsträger – Straßen, Schienen, Wasserwege und Luftverkehr – optimal zusammenwirken, erreichen wir größtmögliche Flexibilität. Deshalb setzen wir in der Bayerischen Verkehrspolitik auf Vernetzung. Da Mobilität Geld kostet, brauchen wir aber eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung für unsere Verkehrsinfrastruktur. Ich begrüße es daher, dass im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zusätzliche fünf Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen sind. Neben der beschlossenen Erweiterung der LKW-Maut brauchen wir auch eine PKW-Maut. Denn es ist nur gerecht, wenn auch ausländische Fahrer den Straßenbau in Deutschland mitfinanzieren", so Herrmann in Nürnberg. +++

Verkehrsträger Nummer eins ist und bleibt laut Herrmann die Straße. Im vergangenen Jahr wurden in Bayern rund 1,2 Milliarden Euro in den Ausbau und Erhalt der Bundesfernstraßen und Staatsstraßen investiert. Die Straße allein könne aber den prognostizierten Verkehrszuwachs nicht bewältigen. Deshalb müsse man auch in Zukunft eine Verlagerung des Güter-

./.

transports auf Schiene und Wasserstraßen voranbringen. Für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 durch den Bund habe Bayern 184 Projekte aus dem Bereich Straßenbau, 30 Bahnprojekte und zwei Projekte aus dem Bereich der Wasserstraßen angemeldet. Herrmann: "Um einen reibungslosen Verkehrsträgerwechsel zu ermöglichen, müssen wir insbesondere auch die Anlagen für den kombinierten Verkehr weiter ausbauen. Insbesondere ist für den Personenverkehr auch eine übergreifende Information der Verkehrsteilnehmer wichtig, wie wir sie mit unserem Verkehrsinformationsportal (www.bayerninfo.de) in hoher Qualität bieten."

Zur Entlastung der Straßen im Personenverkehr setzt Herrmann außerdem auf ein attraktives Nahverkehrsangebot. Auch hier müsse das prognostizierte Wachstum durch bessere Vernetzung der Verkehrsträger wie eine Ausweitung des Angebotes bewältigt werden. Herrmann: "Unser Nahverkehrsangebot muss durch seine Attraktivität überzeugen. Seit der Bahnreform haben wir hier einiges erreicht. Es wurden mehr als 50 neue Haltepunkte errichtet, das Nahverkehrsangebot um rund 50 Prozent ausgeweitet, dichtere Takte, längere Betriebszeiten und optimierte Anschlussverbindungen durch den "Bayern-Takt" geschaffen". In Bayern seien täglich rund 1,3 Millionen Menschen in Regionalzügen und S-Bahnen unterwegs. Diese seien neben den guten Nahverkehrsangeboten darauf angewiesen, dass die Verkehrsmittel gut ineinandergreifen. Deshalb will Herrmann auch das Verkehrsmittel Fahrrad noch stärker fördern. "Der Radverkehr liegt mir persönlich sehr am Herzen. Die infrastrukturellen Voraussetzungen für den Radverkehr müssen zwar primär die Kommunen schaffen, aber wir unterstützen die Initiativen dabei finanziell."

Beim Schienenpersonennahverkehr spielt auch der barrierefreie Ausbau der Stationen eine wichtige Rolle. Als Eigentümerin der Stationen ist die Deutsche Bahn für den barrierefreien Ausbau verantwortlich. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund. "Wir sind aber bereit, Landesmittel zuzuschießen, damit bei den Investitionen von Deutscher Bahn und Bund etwas vorangeht. Deshalb haben wir im "Bayern-Paket 2013-2018" 60 Millionen Euro für den barrierefreien Ausbau bereitgestellt."

Der Abteilungsleiter Straßenbau in der Obersten Baubehörde, Ministerialdirigent Karl Wiebel und der Abteilungsleiter Verkehr, Leitender Ministerialrat Hans-Peter Böhner, stellten herausragende Projekte der Region Mittelfranken vor.

Für den sechsstreifigen Ausbau der A 3 vom Autobahnkreuz Biebelried bis zum Autobahnkreuz (AK) Fürth/Erlangen besteht bereits für die Hälfte der Strecke Baurecht. Ziel ist, bis zum Jahr 2015 durchgehend Baurecht zu erlangen. Auf der A 6 sind die Ausführungsplanungen zwischen dem AK Nürnberg-Süd und dem AK Nürnberg-Ost so weit fortgeschritten, dass zeitnah mit den Ausschreibungen begonnen werden könnte, wenn der Bund die Mittel frei gibt. Auch für den Abschnitt zwischen den Anschlussstellen (AS) Schwabach-West und Roth besteht bereits Baurecht. Auf der A 73 soll für den sechs- bzw. achtstreifigen Ausbau zwischen der AS Nürnberg-Hafen-Ost und dem AK Nürnberg-Süd noch in diesem Jahr die Planfeststellung beantragt werden. Außerdem geht es beim Ausbau der B 2 zwischen Nürnberg und Augsburg weiter: Die derzeit in Bau befindliche Ortsumgehung von Untersteinbach soll Ende des Jahres für den Verkehr freigegeben werden. Für die Ortsumgehung von Dettenheim liegt vollziehbares Baurecht vor. Sobald der Bund hier grünes Licht für die Finanzierung gibt, wird unverzüglich mit dem Bau begonnen.

Einen wichtigen Schwerpunkt im Straßenbau stellt die gebaute Verkehrssicherheit auf Landstraßen im Rahmen des großen Bayerischen Verkehrssicherheitsprogramms 'Bayern mobil – sicher ans Ziel' dar. Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket will Bayern bis zum Jahr 2020 die Unfallzahlen weiter reduzieren und insbesondere die Zahl der Verkehrstoten um 30 Prozent senken.

Für den nachträglichen Anbau von Radwegen an Staatsstraßen wurde 2009 das Programm für den nachträglichen Anbau von Radwegen an Staatsstraßen aufgestellt, um hier die Haushaltsmittel zielgerichtet einsetzen zu können. Für Mittelfranken enthält das Programm 15 Einzelmaß-

nahmen, die 2014 weitestgehend abgearbeitet sein werden. Das Programm wird dieses Jahr fortgeschrieben. Auch für Kommunen besteht die Möglichkeit, Radwege entlang von Staatsstraßen in eigener Zuständigkeit und unter Inanspruchnahme von staatlichen Zuschüssen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) zu realisieren. In Mittelfranken wird hiervon rege Gebrauch gemacht. Läuft alles nach Plan, werden 2014 in Mittelfranken 28 Radwegprojekte an Staatsstraßen durch den Freistaat Bayern und die Kommunen in Angriff genommen.

Eines der großen anstehenden kommunalen Straßenbauprojekte in Mittelfranken ist der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg. Der Freistaat wird die Stadt Nürnberg hierbei bestmöglich fördern.

Zu den wichtigsten Schienenprojekten gehört das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 8.1 Nürnberg – Bamberg – Ebensfeld – Erfurt. Hier schreiten die Planungen und die Bauarbeiten zügig voran. Wesentliche Einzelbaumaßnahmen können schon bis 2017 umgesetzt werden, darunter insbesondere in den Bereichen Eltersdorf – Erlangen und Erlangen – Baiersdorf. Auch beim Ausbau des S-Bahn-Ergänzungsnetzes Nürnberg sollen die ausstehenden Maßnahmen, darunter auch die Inbetriebnahme mehrerer neuer Haltepunkte bis 2017/18 beendet sein.

Für die Stadt-Umlandbahn Nürnberg – Erlangen – Herzogenaurach/ Uttenreuth ist die Anmeldung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungs- Bundesprogramm erfolgt, die Planungen laufen. Im nächsten Schritt geht es nun darum, eine geeignete Organisationsform für die Planung und den Bau durch die Kommunen zu bilden und die Genehmigungsplanung möglichst rasch abzuschließen.

Bezüglich einer möglichen Reaktivierung von Strecken der Hesselbergbahn soll die Strecke Dombühl – Dinkelsbühl weiter vorangetrieben werden. Es wurden bereits die Kosten durch eine Machbarkeitsstudie ermittelt und ein Fahrplankonzept erarbeitet. Die Inbetriebnahme der Reaktivierungsstrecke

wäre nach dem mit der Deutschen Bahn abgestimmten Zeitplan im Dezember 2020 möglich.

Vorge stellt wurden außerdem die Anmeldungen der mittelfränkischen Projekte für den Bundesverkehrswegeplan 2015. Betont wurde dabei auch das Festhalten am Ausbau und Elektrifizierung der Strecke Nürnberg – Marktredwitz - Hof – Reichenbach/ – Schirnding (Grenze).